

## Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Politik in Europa?

Eine Auswertung der Wahlprogramme zur Europawahl 2019  
aus entwicklungspolitischer Sicht

Mai 2019

Die Wahl zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019 ist eine Richtungsentscheidung. Im VENRO-Positionspapier „Für ein nachhaltiges, faires und solidarisches Europa“ haben wir unsere Forderungen und Erwartungen an das neu zu wählende Europäische Parlament dargelegt. (Das Positionspapier finden sie [hier](#)). Mit dieser hier vorliegenden Auswertung geben wir eine Übersicht, welche Positionen sich in den Wahlprogrammen der Parteien **CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis90/Die Grünen, DIE LINKE** und **AfD** im Hinblick auf die zehn Kernforderungen des VENRO-Positionspapiers finden.

Als Ergebnis ist festzustellen: Entwicklungspolitische Kernthemen wie die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung – darunter die Überwindung von Armut und Hunger, der Kampf gegen den Klimawandel, für Demokratie, Menschenrechte und Geschlechtergerechtigkeit – finden in diesen Wahlprogrammen einen höchst unterschiedlichen Niederschlag. Erfreulich ist es aus unserer Sicht, dass sich alle Parteien – mit Ausnahme der AfD – positiv auf die Agenda 2030 beziehen. Das heißt allerdings nicht, dass sie nachhaltige Entwicklung als Querschnittsthema in allen politischen Handlungsfeldern berücksichtigen und konkrete Weichenstellungen für einen politischen Wandel in Richtung Nachhaltigkeit vorgesehen sind. Wir begrüßen, dass die Wahlprogramme von FDP, Bündnis90/Die Grünen, DIE LINKE und SPD die weltweit und auch in Europa zunehmenden Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Rechte und Handlungsspielräume aufgreifen und kritisieren. Angesichts ihrer wachsenden Bedeutung ist auffällig, dass das Thema humanitäre Hilfe nur in dem Programm von Bündnis90/Die Grünen ausführlicher angesprochen wird. Dies gilt umso mehr, als weltweit angesichts zunehmender Krisen, Not und Vertreibung akuter Handlungsbedarf besteht. Beim Thema Flucht und Migration sowie bei der Friedens- und Sicherheitspolitik weisen die Wahlprogramme tiefgreifende Differenzen auf.

Unser Fazit: Die zentralen entwicklungspolitischen Herausforderungen wie Armutsbekämpfung, Klimawandel oder Schutz der Menschenrechte werden in den Wahlprogrammen sehr unterschiedlich thematisiert. Wie in den zehn untersuchten Themenfeldern deutlich wird, reicht das

Spektrum von Nichtbeachtung, über allgemeine Willensbekundungen bis zu konkreten Handlungsvorschlägen für einzelne Politikbereiche.

In allen Wahlprogrammen – mit Ausnahme dem der AfD – finden sich aber Bausteine und Ansatzpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Europa. Diese gilt es im neuen Europäischen Parlament mit konkreten Maßnahmen zu untermauern und auszubauen.

## 1. AGENDA 2030 FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG UMSETZEN

In den Wahlprogrammen aller Parteien, mit Ausnahme des **AfD**-Programms, findet sich ein positiver Bezug auf die Agenda 2030 und die globalen Nachhaltigkeitsziele (SDG), allerdings in sehr unterschiedlicher Konkretisierung. Die **CDU/CSU** will die globalen Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 in Europa umsetzen und in eine nachhaltige Entwicklungspolitik im Sinne der Agenda 2030 investieren. Die **FDP** setzt sich für eine abgestimmte Entwicklungszusammenarbeit im Sinne der UN-Nachhaltigkeitsziele ein. Die **SPD** versteht die SDG als Leitbild ihres europapolitischen Handelns. **Bündnis90/Die Grünen** wollen die Ziele der Agenda 2030 in der EU durch eine ambitionierte Nachhaltigkeitsstrategie verwirklichen. **DIE LINKE** fordert, dass sich die EU und ihre Mitgliedsstaaten auf eine verbindliche Umsetzung der Ziele der Agenda 2030 verpflichten.

## 2. MIGRATIONSPOLITIK MENSCHENWÜRDIG AUSRICHTEN

Die Themen Flucht und Migration nehmen in allen Wahlprogrammen großen Raum ein, wobei sich die Positionen der Parteien in diesem Politikfeld gravierend unterscheiden.

Die **CDU/CSU** tritt für ein Europa ein, das Ordnung und Humanität mit einheitlichen Standards zusammenbringt und sich zu seinen rechtlichen humanitären Verpflichtungen bekennt. Sie will die Zahl der Flüchtlinge, die zu uns kommen, dauerhaft niedrig halten. Mögliche Fehlanreize sollen beseitigt und Asylbewerberleistungen europaweit angeglichen und auf ein Minimum beschränkt werden. Illegale Migration soll bekämpft und der Schutz der Außengrenzen verstärkt werden.

Die **SPD** unterbreitet konkrete Vorschläge, wie eine humanitäre Regelung von Flucht und Migration ausgestaltet werden könnte. So soll etwa das EU-Resettlement-Programm ausgeweitet und die Anreize für eine freiwillige Rückkehr erhöht werden. Ein europäischer Integrations- und kommunaler Entwicklungsfonds soll eingeführt, mehr europäische Regeln für legale Zuwande-

rung geschaffen sowie ein Konzept für humanitäre Visa erstellt werden. Die Europäische Seenotrettung soll stärker koordiniert und verbessert werden.

Die **FDP** setzt sich für ein einheitliches europäisches Asyl-, Flüchtlings- und Einwanderungsrecht ein. Im Rahmen der Außen- und Entwicklungspolitik will sie darauf hinwirken, dass Fluchtursachen erst gar nicht entstehen. Die FDP versteht Einwanderungspolitik als Chancenpolitik. Durch eine europäische Fachkräfteagentur sollen Fachkräfte aus Drittstaaten angeworben werden, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen.

**Bündnis90/Die Grünen** treten für eine EU ein, die humanitäre Verantwortung, das Grundrecht auf Asyl und einen ungehinderten Zugang für Schutzsuchende in den Vordergrund stellt. Ein solidarisches europäisches Asylsystem muss eingeführt werden, das für mehr Menschlichkeit und Handlungsfähigkeit sorgt.

**DIE LINKE** fordert, dass ein individueller Zugang zu Asylverfahren und der Rechtsschutz an den EU-Außengrenzen sichergestellt werden. Verbindliche Rechte für Geflüchtete sowie eine entsprechende humanitäre Visa-Vergabe müssen auf Armuts-, Umwelt- und Klimaflüchtlinge ausgeweitet werden.

Die **AfD** fordert in der Migrationspolitik einen grundlegenden Paradigmenwechsel. Jegliche Einwanderung müsse so begrenzt werden, dass die Identität der europäischen Kulturnationen unter allen Umständen gewahrt bleibt. Deutschland müsse aus den beiden Abkommen der Vereinten Nationen zu Flucht und Migration austreten.

### **3. MILITARISIERUNG DER GEMEINSAMEN AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK STOPPEN**

Auch bei diesem Thema sind erhebliche Unterschiede zwischen den Positionen der Parteien festzustellen.

Die **CDU/CSU** will die zivilen und militärischen Kräfte im Rahmen eines vernetzten Ansatzes bündeln und die Mittel der Diplomatie, der Verteidigung und der Entwicklungszusammenarbeit für vorbeugende, friedensschaffende und friedenserhaltende Maßnahmen kombinieren.

Die **FDP** fordert, dass Deutschland im Sinne eines vernetzten Ansatzes langfristig drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in internationale Sicherheit investieren sollte. Der vernetzte Ansatz soll aus Sicht der FDP kohärent und präventiv zur Krisenprävention und Friedensförderung eingesetzt werden.

Die **SPD** lehnt eine pauschale Erhöhung der Rüstungsausgaben ab und setzt sich für eine europäische Regelung für Rüstungsexporte ein, die eindeutig und verbindlich ist sowie restriktive Grenzen setzt.

Aus Sicht von **Bündnis90/Die Grünen** müsse die Trennschärfe zwischen entwicklungspolitischen und militärischen Maßnahmen bewahrt werden. Die Grünen lehnen die NATO-Forderung nach einer Erhöhung der Verteidigungsausgaben um zwei Prozent ab und fordern eine Verdopplung der Mittel im Bereich der Krisenprävention.

**DIE LINKE** tritt für eine EU der Abrüstung und Entmilitarisierung ein. Alle Rüstungsexporte müssen gestoppt werden. Die zivile Konfliktprävention und -bearbeitung müssen gestärkt werden, zum Beispiel durch die Einrichtung eines europäischen Zivilen Friedensdienstes.

Die **AfD** lehnt die Vergemeinschaftung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (GSAP) und den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) ab. Sie fordert eine zügige Anpassung des deutschen Wehretats an das Zwei-Prozent-Ziel der NATO.

#### 4. HUMANITÄRE HILFE STÄRKEN

Bei diesem Thema von wachsender politischer Bedeutung fällt auf, dass es in den Programmen von **CDU/CSU**, **SPD** und **LINKEN** überhaupt nicht erwähnt wird.

Die **FDP** erwähnt die humanitäre Hilfe im Kontext der Einrichtung von humanitären Schutzzonen für Geflüchtete unter Aufsicht des UNHCR. Die **AfD** möchte die humanitäre Hilfe den Kirchen und Wohltätigkeitsorganisationen überlassen. Nur **Bündnis 90/Die Grünen** sprechen sich in einem Absatz für die Stärkung und ausreichende Finanzierung der europäischen und internationalen Organisationen im Bereich der humanitären Hilfe aus.

#### 5. KLIMAGERECHTIGKEIT UMSETZEN

Bis auf die AfD unterstützen alle Parteien das Pariser Klimaabkommen und unterbreiten Vorschläge und Forderungen zu dessen Umsetzung. Diese sind aber höchst unterschiedlich in Bezug auf die Konkretigkeit und das Ambitionsniveau.

Die **CDU/CSU** möchte die Ergebnisse der Klimakonferenzen von Paris und Kattowitz konkretisieren und Schritt für Schritt umsetzen. Dazu solle auch eine globale Bepreisung von Treibhausgasemissionen dienen.

Die **SPD** setzt sich für eine ambitionierte Klimapolitik und eine europaweite Energiewende ein, die im Interesse der Beschäftigten gerecht gestaltet werden soll. Das europäische Klimaschutzziel soll aus Sicht der SPD auf mindestens 45 Prozent Treibhausgasminderung bis 2030 angehoben werden, mit dem langfristigen Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2050.

Die **FDP** sieht sich selbst als Vertreter einer Klimapolitik, die nicht auf Technikvorgaben und Verbote setzt, sondern den Wettbewerb emissionsarmer Energieträger fördert und auf die Kraft neuer Technologien und die Kreativität des Marktes vertraut.

**Bündnis 90/Die Grünen** setzen sich sowohl für einen europaweiten Ausstieg aus Kohle- und Atomstrom und aus weiteren fossilen Energieträgern ein als auch für einen deutlich schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Klimaziele von Paris müssten fester Bestandteil des Welthandels und in allen EU-Handelsverträgen verankert werden.

**DIE LINKE** fordert einen Europäischen Klimaschutzplan, um die Erderwärmung möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen. Der Kohleausstieg müsse europaweit sofort beginnen und bis 2030 abgeschlossen werden.

Die **AfD** bezweifelt, dass der Mensch den jüngsten Klimawandel maßgeblich beeinflusst hat. Klimaschutzpolitik sei daher ein Irrweg.

## 6. AGRAR- UND HANDELPOLITIK ENTWICKLUNGSFÖRDERND GESTALTEN

Der Kernkonflikt bei diesem Thema besteht in der Frage, nach welchen Regeln die Agrar- und Handelspolitik ausgestaltet werden sollte. Es gibt aber große Übereinstimmung in der Frage, dass die EU-Agrar- und Handelspolitik nicht zulasten der Entwicklungsländer gehen darf.

Die **CDU/CSU** steht für Freihandel und Globalisierung als Wachstums- und Wohlstandstreiber und erteilt Protektionismus und Abschottung eine klare Absage. Sie setzt sich für effektive und regelbasierte Partnerschaften nach den Regeln und Leitplanken der WTO ein.

Die **SPD** fordert eine nachhaltige europäische Exportpolitik. Sie lehnt eine landwirtschaftliche Produktion ab, die sich lediglich am Export auf dem Weltmarkt ausrichtet und für den Zusammenbruch regionaler Märkte in Entwicklungsländern mitverantwortlich ist. Handelsabkommen müssen aus Sicht der SPD mit verbindlichen menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Standards ausgestattet sein, bei deren Verletzung auch Sanktionen greifen sollen.

Die **FDP** will die liberale Welthandelsordnung gegen die Stimmen des Protektionismus und des Populismus von rechts und links verteidigen. Die Wirtschaftspartnerschaften der EU mit Gruppen von AKP – Staaten (EPAs) werden von der FDP begrüßt. Negative Auswirkungen auf die betroffenen Regionen sollen durch EU-Anpassungsmaßnahmen ausgeglichen werden.

**Bündnis90/Die Grünen** setzen sich dafür ein, dass die EU eine führende Rolle bei einer sozialökologischen Regulierung des Welthandels einnimmt. Die EPAs sollen gestoppt werden und die EU zu einer echten Entwicklungspartnerschaft auf Augenhöhe übergehen. Die Grünen fordern einen Neustart des europäischen Agrarhandels, der nicht länger mit Dumpingpreisen Märkte im globalen Süden zerstören darf.

**DIE LINKE** will europäische Handelsabkommen mit sozialen, demokratischen und ökologischen Mindeststandards. Sie lehnt die EPAs ab, da sie aus ihrer Sicht nur Märkte öffneten und Privatisierungen zementierten. Das Recht auf Nahrung müsse durchgesetzt sowie „landgrabbing“ und Spekulationen mit Nahrungsmitteln verboten werden.

Die **AfD** betrachtet Freihandel als die wirksamste und unbürokratischste Form der Entwicklungshilfe. Deshalb müsse die EU ihre Märkte für Güter und Dienstleistungen der Entwicklungsländer öffnen und die Ausfuhr von subventionierten Produkten in die Entwicklungsländer beenden.

## 7. WIRTSCHAFT, ARBEIT UND SOZIALES AN DEN MENSCHENRECHTEN AUSRICHTEN

In den Wahlprogrammen von **CDU/CSU**, **FDP** und **AfD** wird das Thema Wirtschaft im Kontext von Menschenrechten nicht explizit behandelt.

Die **SPD** setzt sich für einen EU-Aktionsplan „Menschwürdige Arbeit in globalen Lieferketten“ ein. Sorgfaltspflichten und verantwortliches Unternehmenshandeln in globalen Lieferketten müssten verbindlich werden. Die EU müsse sich der Bekämpfung von Menschenhandel, Zwangsarbeit, schwerwiegenden Arbeitsunfällen und Kinderarbeit verschreiben.

Nach Ansicht von **Bündnis90/Die Grünen** sind gesetzliche Sorgfaltspflichten, neue Haftungsregeln und bessere Klagemöglichkeiten notwendig – auch für die Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen, die von europäischen Unternehmen verursacht wurden. Die Grünen setzen sich für faire Rohstoffpartnerschaften ein, die den Bedürfnissen der Abbauländer entsprechen sowie für verbindliche Standards bei Abbau, Weiterverarbeitung und Handel von Rohstoffen.

**DIE LINKE** will europäische Konzerne verpflichten, weltweit soziale und ökologische Standards einzuhalten. Sie setzt sich für verbindliche Regeln für multinationale Unternehmen ein und unterstützt daher den sogenannten Treaty-Prozess der Vereinten Nationen, der die Sorgfaltspflichten von Unternehmen gesetzlich verankern will.

## **8. RECHTE VON FRAUEN, KINDERN, MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN UND MINDERHEITEN DURCHSETZEN**

**CDU/CSU** wollen dem Selbstbestimmungsrecht von Frauen und Mädchen besondere Aufmerksamkeit widmen, denn eine konsequente Gleichstellungspolitik gehöre zum europäischen Verständnis der Union. Menschen mit Behinderungen soll eine gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht werden.

Für die **SPD** muss Gleichstellung wieder eine strategische Priorität in Europa werden. Deshalb fordert die SPD eine Fortsetzung der 2015 ausgelaufenen EU-Gleichstellungstrategie. Dazu gehöre auch die konsequente Anwendung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting.

Die **FDP** will, dass Frauenrechte europaweit gefördert und durchgesetzt werden. Die Liberalen fordern die Einsetzung einer beim Europäischen Parlament angesiedelten Beauftragten für Frauenrechte. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit, Frauenfeindlichkeit oder Homophobie müsse bekämpft werden. Für Menschen mit Behinderung muss aus Sicht der FDP Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben in Europa selbstverständlich sein.

Das Ziel von **Bündnis90/Die Grünen** ist es, die Rechte von Frauen weltweit durchzusetzen und Frauen als Akteurinnen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zu stärken. Frauen müsse der gleichwertige Zugang zu sozialen, ökonomischen und politischen Ressourcen garantiert und ihre reproduktiven und sexuellen Rechte gestärkt werden. Die Partei stehe in ganz Europa an der Seite der LSBTIQ\* (Lesbisch, Schwul, Bi, Trans, Inter, Queer) und stelle sich den Angriffen gegen ihre Gleichberechtigung entgegen.

**DIE LINKE** will den Kampf für gleiche Rechte, sexuelle Selbstbestimmung, gegen Sexismus und für soziale Gleichheit unterstützen.

Die **AfD** ist für die Streichung der bisher für die Genderforschung vorgesehenen EU-Forschungsmittel, tritt gegen Abtreibung ein und lehnt Gender Mainstreaming ab.

## 9. EU-BEITRAG ZUR FINANZIERUNG NACHHALTIGER ENTWICKLUNG SICHERN

In den Programmen von **CDU/CSU** und **AfD** wird dieses Thema nicht angesprochen. **SPD**, **B90/Die Grünen** und **DIE LINKE** setzen sich dafür ein, das 0,7-Prozent-Ziel zu erreichen.

Die **FDP** möchte die Überlappung und Fragmentierung zwischen den Programmen des Europäischen Entwicklungsfonds, dem Instrument für Entwicklungszusammenarbeit sowie eine Vielzahl von Fonds und Fazilitäten durch eine weitgehende Bündelung in einem einheitlichen Finanzierungsinstrument für alle Entwicklungsländer eindämmen.

**Bündnis90/Die Grünen** wollen den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) an übergeordneten Politikzielen und internationalen Vereinbarungen wie der Agenda 2030 und dem Pariser Klimaabkommen ausrichten. Zudem solle der MFR mit einem verpflichtenden Nachhaltigkeits-Check ausgestattet werden. Die Grünen setzen sich für die Bekämpfung von Kapitalflucht und Steuervermeidung aus Entwicklungs- und Schwellenländern, für eine bessere Ausstattung der europäischen Organisationen für humanitäre Hilfe sowie für eine Erhöhung der Entwicklungsfinanzierung ein.

**DIE LINKE** lehnt es ab, die Vergabe von Entwicklungsgeldern und anderer Fördermittel mit Maßnahmen des Grenzschutzes und der Migrationskontrolle zu verknüpfen. Die Entwicklungszusammenarbeit die Finanzierungslücke beim UNHCR, beim Welternährungsprogramm und bei der Weltgesundheitsorganisation schließen.

## 10. ZIVILGESELLSCHAFTLICHE ORGANISATIONEN STÄRKEN

Dieses Thema wird in den Programmen unterschiedlich behandelt. Bei der **CDU/CSU** und der **AfD** findet es keine explizite Erwähnung.

Die **SPD** will nicht zulassen, dass in Europa Regierungen den Einfluss und Handlungsspielraum zivilgesellschaftlicher Initiativen, von Künstlerinnen und Künstlern systematisch einschränken. Demokratie könne ohne eine plurale, kreative und kritische Zivilgesellschaft nicht funktionieren.

Die **FDP** setzt sich für ein Europa des grenzüberschreitenden gesellschaftlichen Engagements ein. Die Liberalen wollen einen EU-Binnenmarkt für gemeinnützige Organisationen, der noch bestehende Hürden für grenzüberschreitende Förderungen und Kooperationen abbaut. Dem soll auch die Schaffung eines europäischen Vereinsrechts dienen. Die FDP setzt sich für starke



Bürgerrechte ein, die in einem neuen Entwurf einer Europäischen Verfassung an exponierter Stelle als Grundrecht garantiert werden sollen.

**Bündnis90/Die Grünen** sehen die weltweite Entwicklung von „shrinking space“ mit Sorge. Sie wollen NRO unterstützen, deren Arbeit von staatlicher Seite systematisch erschwert, diffamiert, behindert und kriminalisiert wird. Der Schutz von Menschenrechtsverteidigern müsse verstärkt werden. Die EU sollte die internationale Vernetzung und den Austausch von zivilgesellschaftlichen Organisationen fördern und unterstützen.

**DIE LINKE** will einen Fonds zur Förderung von zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sich für Demokratie, Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit weltweit einsetzen, einrichten und mit substantiellen finanziellen Mitteln ausstatten. Die EU müsse sich aktiv für die Freilassung von politischen Gefangenen in autoritären Regimen einsetzen.

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe  
deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.  
(VENRO)

Stresemannstr. 72  
10963 Berlin  
Tel.: 030 2639299-10  
E-Mail: sekretariat@venro.org  
Internet: www.venro.org

Berlin, April 2019

### Autor:

Claus Körting

### Redaktion:

Anke Kurat

Die Auswertung wurde im Rahmen des VENRO-Projekts  
Agenda 2030 erstellt. Dieses wird gefördert durch ENGAGE-  
MENT GLOBAL mit Mitteln des

